



4, rue Vauban / L-2663 Luxembourg
Tél.: 43 90 30 1 / Fax: 43 90 30 43

meco@oeko.lu
www.oeko.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

6.6.2012
Paraît au moins 12 fois par an

Engagéiert am Mouvement Ecologique

Auch in diesem Info wird ersichtlich : der Mouvement Ecologique begleitet aktuelle Entwicklungen sehr kritisch... Z.B. wenn die Regierung beabsichtigt, die Planung und den Bau von neuen Strom- und Gasleitungen quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne demokratische Legitimation durchführen zu wollen oder wenn es um die praktische Umsetzung des neuen Abfallgesetzes auf kommunaler Ebene bzw. um die nächste Episode der Livingier Affäre geht...

Aber, und dies zeigt dieser Info besonders einprägsam auf: der Mouvement Ecologique macht neben konstruktiver Kritik auch konkrete Vorschläge und Anregungen. Wenn an einem Seminar des Mouvement Ecologique und des Oeko-Zenter Lëtzebuerg zum Thema Bürgerbeteiligung 160 BürgerInnen teilnehmen, so macht das Mut ! Es besteht Bereitschaft zum Engagement, zur Mitsprache....! Politik muss es ermöglichen und Ernst nehmen.

Nur das ist noch ein langer Weg... für den es sich aber lohnt einzusetzen.



wanderung

Der Mouvement Ecologique lädt herzlich ein zu einer Wanderung zum Thema "Natur und Kultur"

Frühjahrspromenade im Marscherwald

am Sonntag, den 10. Juni 2012 um 15.00 in Graulinster (vor dem Ortscafé), hinter dem "Groeknapp".

Dauer der Wanderung: ca. 3 Stunden

Roger Schauls, Biologe und Marc Schoellen, Kulturhistoriker, laden erneut zu einer interessanten Wanderung, einer "Frühjahrspromenade" ein.

Der "Marscherwald" ist eines der ausgedehntesten Waldgebiete Luxemburgs. Wenn auch nicht so symbolträchtig als der "Gréngewald" stellt er doch ein weitgehend intakteres Ensemble dar.

Ein Streifzug durch den Marscherwald, mit den sachkundigen Erläuterungen im Bereich der Naturkunde und der Geschichte, dürfte dieser Kulturlandschaft durchaus einen besonderen Reiz entlocken...



Drëpslay im Marscherwald



vorankündigung

De Mouvement Ecologique a seng Sektiooun Stad Lëtzebuerg erlaabe sech lech als Member härerlech anzulueden op eng

Informationsversammlung "Mobilitéitsprojeten an der Stad Lëtzebuerg"

mam Stater Schäffen François Bausch zu aktuellen Entwécklungen an der Mobilitéitsplanung an der Stad Lëtzebuerg

den Denschen, de 19. Juni 2012 um 18.30 am Hotel Parc-Bellevue, 5 avenue Marie-Thérèse, Lëtzebuerg.

An der Stad Lëtzebuerg deed sech jo esou muenches an der Mobilitéitsplanung: wat ass de Stand der Dinge – wéi soll et weider goen.

De François Bausch wäert d'Projeten virstellen an dono Ried an Äntwert stoen, e.a. zu folgenden Dossieren:

- Timing am Dossier Tram
- Dossier Car-Sharing an der Stad: wat ass den Timing an de Grondkonzept?
- Dossier Aldringen an Reorganisatioun vum Busréseau
- Renovatioun vun der neier Bréck: wou sti mäer?
- Ausbau vum Velosnetz an der Stad : wat ass geplangt ?
- Weiderentwécklung vun den digitalen Infopanneaux'en vun den AVL-Bussen an der Stad



No der Veranstaltung si Memberen aus der Stad Letzebuerg an aus den emleide Gemengen härerlech agelueden, bei engem klengen lesse matzeschwätzen, wat dem Mouvement Ecologique seng weider Prioritéiten an der Stad Letzebuerg a ronderem sinn. Et wäer leif wann Dir lech geiwt weinst dem lessen

Gemengen an Offallgestioun

aktuelles

Mouvement Ecologique regt Nachhaltigkeitsministerium an Gemeinden stärker bei der Umsetzung des Abfallwirtschaftsgesetzes zu begleiten

Am 22. Mai 2012 fand auf Einladung des Mouvement Ecologique eine Vorstellung des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes statt. Dieses Gesetz betrifft verständlicherweise in erheblichem Ausmaß auch die Gemeinden. U.a. sollen sie ihre kommunalen Reglemente in dem Sinne überarbeiten, dass das Verursacherprinzip – die Kostenwahrheit eingeführt werden soll.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass das Nachhaltigkeitsministerium in Absprache mit dem Innenministerium umgehend diesbezügliche Informationen aber vor allem auch Empfehlungen an die Gemeinden zustellen sollte und richtete ein entsprechendes Schreiben an das Ministerium.

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Schreiben an den Minister.

Auf Einladung des Mouvement Ecologique stellte am 22. Mai 2012 ein Vertreter der Umweltverwaltung das neue Abfallwirtschaftsgesetz im Rahmen eines Informationsforums vor.

Wir möchten uns sehr herzlich für die Zusage Ihres Ministeriums zu dieser Veranstaltung bedanken, ebenso beim Referenten, der das neue Gesetz auf sehr verständliche Art und Weise darzustellen wusste.

Allerdings entstanden bereits während der Vorstellung und auch bei den anschließenden Diskussionen grundsätzliche Bedenken, im Hinblick auf die Handhabung der Umsetzung des Gesetzes.

Folgende Sorge stand im Raum « Riskieren wir die gleichen Auseinandersetzung im Abfallbereich betreffend die Umsetzung der vorgeschriebenen Anwendung des Verursacherprinzips, wie dies beim Wasserpreis der Fall war? » Wir befürchten ja!

Fakt ist, dass die Gemeinden diverse Neuerungen durchführen müssen, z.B. müssen sie bis April 2014 ihre kommunalen Abfallreglemente überarbeiten und vor allem auch das Verursacherprinzip einführen, d.h. gewährleisten, dass die realen Kosten aufgrund des Abfallvolumens oder des Gewichtes berechnet werden.

Dabei werden natürlich, ähnlich wie beim Wasserpreis, etliche Fragen aufgeworfen: Welche Kosten müssen berücksichtigt werden? Welche nicht? Entsprechen bereits unterschiedliche Größen von Mülltonnen der Vorgabe? Gilt diese Kostenwahrheit nur für die graue Tonne oder ebenso für die Glas- und Papierabnahme, die Biomülltonne? Welche Auswirkungen haben diese Vorgaben auf die Gebühren von Recyclingzentren? Wie wird u.a. mit Mehrfamilienhäusern umgegangen?

Der Vertreter der Umweltverwaltung informierte die Anwesenden, dass die Umweltverwaltung / das Nachhaltigkeitsministerium gemeinsam mit dem Innenministerium eine « Circulaire » verteilen werden, in der die Gemeinden über ihre Pflichten informiert werden.

Mit folgendem Schreiben möchten wir mit Nachdruck darauf verweisen, dass

- diese « Circulaire » nicht nur eine Widergabe der neuen Vorgaben an die Gemeinden sein sollte;
- sondern gleichzeitig sehr konkrete Empfehlungen Ihres Ministeriums (in Absprache mit dem Innenministerium) beinhalten sollte. So z.B. sehr konkrete Hinweise betreffend folgende Aspekte:



Ein zentraler Punkt des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes für die Gemeinden ist, dass die kommunalen Abfallreglemente bis April 2014 so gestaltet sein müssen, dass die realen Kosten aufgrund des Abfallvolumens oder des Gewichtes berechnet werden.



Während des Vortrages ... die Unterlagen zur Veranstaltung finden Sie auf www.meco.lu.

* wie steht das Ministerium zur Frage des genauen «Abwiegens» der Abfälle, aufgrund welcher Erfahrungen unterstützen es das Konzept? Was bedeutet dies für «wilde Abfälle»?

* welches Gebührenreglement würde das Ministerium empfehlen / welche verschiedenen Modelle gibt es? (Ihre Verwaltung verfügt über ein derartiges «réglement type», das jedoch auf der alten Gesetzgebung basiert und somit umgehend reformiert werden sollte)

* welche Anregungen hat das Ministerium betreffend die Tarifgestaltung in Mehrfamilienhäusern?

* welche Lösungsoptionen gibt es für Mehrfachmietungen, vor allem bestehende Häuser (und vor allem auch ältere Gebäude im städtischen Bereich, die effektiv schwerlich über Räume für getrennte Sammlungen verfügen)?

* welche Erfahrungen wurden bis dato mit verschiedenen Verfahren gemacht?

Falls Sie nicht derartige konkrete Sachinformationen an die Gemeinden bzw. Empfehlungen aus ihrer Sicht an die Gemeinden weiterleiten, werden wir erneut mit der Situation konfrontiert sein, dass

- Gemeinden sich alleine gelassen fühlen;
- eine Vielzahl an Konzepten entwickelt wird, die dann wohl auch noch nicht konform zum Gesetz sind und erhebliche Arbeit von Ihrer Verwaltung verlangen;
- Ihre Verwaltung überhäuft wird mit der Kontrolle der kommunalen Reglementsentwürfe;
- möglicherweise noch Divergenzen mit dem Innenministerium auftreten. Ihre Anregungen müssten daher zwingend mit diesem Ministerium abgesprochen werden.

Wir wissen, dass Ihre Verwaltung die anfallende Arbeit kaum bewältigen kann. Jedoch sollte diesen Empfehlungen an die Gemeinden unserer Meinung nach eine absolute Priorität genießen und innerhalb der nächsten 2 Monate erfolgen.

Ansonsten riskiert eine gewisse Verwirrung und der damit verbundene Zeitverlust vorprogrammiert zu sein.

WWW.MECO.LU

Den Powerpoint-Vortrag der Veranstaltung ebenso wie das Abfallwirtschaftsgesetz finden Sie auf der Homepage des Mouvement Ecologique www.meco.lu



In einem Schreiben fordert der Mouvement Ecologique das Nachhaltigkeitsministerium auf, den Gemeinden schnellstmöglich sehr konkrete Anregungen für die Umsetzung des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes zuzustellen.

Energie - Demokratie

Bau neuer Strom- und Erdgasleitungen außerhalb jedweder legalen Prozedur

Bereits im März 2012 hat der Mouvement Ecologique in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die Prozeduren für die Planung und den Bau von neuen Hochspannungsleitungen absolut undemokratisch seien, und sogar EU-Recht widersprechen würden. Im Rahmen der Reform des Gesetzes zur Stromliberalisierung müssten weitaus transparentere Genehmigungsprozeduren festgehalten werden, ansonsten würden auch langwierige juristische Streitereien anstehen.

Das Wirtschaftsministerium reagierte nicht auf diese Vorschläge, außer der Grünen Partei auch keine politischen Parteien. Berichterstatter A. Bodry äußerte sich ebenfalls nicht.

Nun sind sogar weitere Rückschritte geplant! Nicht einmal die Gemeinden sollen noch ein Mitspracherecht haben! So hebt man die Demokratie aus...

Bleibt zu hoffen, dass die Gemeinden sich wehren und auch die Abgeordnetenkammer aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht...

Der Mouvement Ecologique richtete ein entsprechendes Schreiben an die Minister für Nachhaltige Entwicklung sowie den Wirtschafts- und Energieminister und die zuständige Kommission der Abgeordnetenkammer.

Unseren Informationen zufolge hat die Regierung rezent entschieden, eine sehr zentrale Abänderung betreffend die Genehmigungsprozeduren für Strom- und Gasleitungen durchzuführen:

«*projet de loi 6124 portant modification de la loi modifiée du 21 mai 1999 concernant l'aménagement du territoire et modifiant:*

1. *la loi modifiée du 15 mars 1979 sur l'expropriation pour cause d'utilité publique;*
2. *la loi modifiée du 16 août 1967 ayant pour objet la création d'une grande voirie de communication et d'un fonds des routes;*
3. *la loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain.»*

Ziel der Gesetzesänderung soll dabei vor allem eine Reform von Artikel 37 des Gesetzes betreffend die Bebauung in den Gemeinden sein. Dieser Artikel regelt die Erstellung der Baugenehmigungen durch den Bürgermeister.

Im Rahmen der Gesetzesreform ist nun vorgesehen, dass in Zukunft der Bau diverser Infrastrukturen im Straßenbau und öffentlichen Transport – die Umsetzungsprojekte der POS sowie der Strom- und Gasleitungen – ohne Baugenehmigung des Bürgermeisters erfolgen soll. So z.B. im Bereich Straßenbau und öffentlicher Transport, Umsetzungsprojekte des POS sowie der Bau von Strom- und Gasleitungen.

Man könnte ggf. noch argumentieren, bei Infrastrukturprojekten im Transportbereich bzw. der Umsetzung der POS wäre dies noch annehmbar, da diese Projekte z.T. einer transparenten Prozedur unterliegen (u.a. Votum in der Abgeordnetenkammer, SUP...). Wobei jene vom POS noch of-

fen ist, da das Gesetz zur Landesplanung derzeit reformiert wird.

Völlig anders stellt sich jedoch die Situation allerdings auf der Ebene der Strom- und Erdgas-Infrastrukturen dar. Die heute gültigen Genehmigungsprozeduren sowie die geplante Reform des Gesetzesprojektes zur Stromliberalisierung widersprechen jedweder Transparenz und demokratischen Prinzipien. Teilweise ist sogar nicht einmal eine Kommodo-Genehmigung für den Bau derartiger Anlagen erforderlich. Man könnte fast von juristischem Vakuum sprechen.

Diese Vorgehensweise steht nach Ansicht des Mouvement Ecologique im Widerspruch zum EU-Recht.

Der Mouvement Ecologique hat diesen Umstand bereits in seiner Stellungnahme vom 22. März 2012 dargelegt (siehe entsprechenden Auszug auf dieser Seite). (*)

Weder die Abgeordnetenkammer, noch Gemeinden oder sonstige Akteure wären rechtlich in die Planung und Umsetzung der Energiegesetze eingebunden, die Öffentlichkeit hätte kein Mitspracherecht ... Es ist nicht einmal zufriedenstellend geklärt, auf welcher Ebene welches Ministerium eine Genehmigung erteilen soll ... und nun soll auch noch den Gemeinden ihre begrenzte Wirkungsmöglichkeit genommen werden.

Die derzeit von der Regierung vorgegebene Vorgehensweise läuft auf ein "vide juridique" hinaus – auf ein konsequentes und bewusstes Ausklammern der Planung neuer Infrastrukturen aus jedweden demokratischen Prozess in einem Rechtsstaat.

Der Mouvement Ecologique fordert

- weiterhin mit Nachdruck eine Nachbesserung des Gesetzes zur Stromliberalisierung mit klaren Genehmigungsprozeduren, konform zu EU-Recht und
- dass diese geplante Reform ad acta gelegt wird.

(*) Auszug aus der detaillierten Stellungnahme betreffend die Reform des Gesetzes zur Organisation des Strom-Marktes

- Keine ausreichende Transparenz betreffend die generelle mittel- und langfristige Netzplanung! – Nicht-Konformität zu EU-Vorgaben

Eine Umgestaltung des Netzes ist auch aus der Sicht der erneuerbaren Energien erforderlich. Die Regierung ihrerseits spricht von einer notwendigen Umgestaltung auch im Interesse der Versorgungssicherheit.

Allerdings: der vorliegende Gesetzesentwurf regelt in keinsten Weise eine transparente Netzplanung, bei welcher auch eine gewisse Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit gewährleistet wird. Während in anderen Bereichen langfristige Planungen offen gelegt werden müssen und somit auch kontradiktorisch diskutiert werden können, scheint dies bis dato im Bereich der Netzgestaltung nicht der Fall zu sein.

Das vorliegende Gesetz legt keine grundsätzlichen Prozeduren für die so bedeutende Netz-Planung fest! Ein sehr gravierendes Defizit, das unbedingt behoben werden muss!

Dabei gilt es auch für Gemeinden und andere Akteure eine Mitsprache zu sichern, so wie dies

Der Mouvement Ecologique richtet deshalb einen dringenden Appell an die Abgeordneten dieser Reform nicht zuzustimmen und sich für klare und nachvollziehbare Genehmigungsprozeduren einzusetzen.

z.B. zumindest ansatzweise im Rahmen der sektoriellen Pläne der Landesplanung der Fall ist.

Kommt folgendes hinzu: Das Luxemburger Gesetz zur sogenannten Direktive « *plans et programmes* » (Gesetz vom 22 Mai 2008 « relative à l'évaluation des incidences de certains plans et programmes sur l'environnement ») schreibt in Artikel 2 eindeutig vor, dass in Energiefragen die Direktive zu respektieren ist, sprich auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung erstellt, eine öffentliche Prozedur durchgeführt, die Analyse von Alternativen für die generelle Planung erfolgen muss.

Die Netzplanung fällt nach Ansicht des Méco eindeutig unter die Bestimmung dieses Gesetzes! Im vorliegenden Gesetzesentwurf wird aber kein Verweis auf diese Direktive / das entsprechende Luxemburger Gesetz gemacht! Hier ist rechtliches Chaos vorprogrammiert.

Es wäre unbedingt geboten, die Bestimmungen betreffend die Direktive "plans et programmes" und die damit verbundenen Rechte für Bürgerinnen und Bürger sowie die Umweltverträglichkeitsanalyse im vorliegenden Gesetz zu regeln,

- **Opportunität des Baus von neuen Stromleitungen und entsprechende Genehmigungen: juristisches Vakuum beheben!**

Der vorliegende Gesetzesentwurf macht es nicht gerade einfach, zu verstehen, wie der Gesetzgeber die Genehmigungsprozedur für den Neubau von Stromleitungen im Interesse der Allgemeinheit regeln will. Die Defizite des alten Gesetzes, das sich doch durch eine rechtlich äußerst problematische Situation auszeichnete, werden wie bereits erwähnt nicht behoben.

So schreibt Artikel 30 zwar vor, ein Neubau einer Leitung sei nur dann zulässig, wenn ein „gestionnaire de réseau“ aus Kapazitätsgründen den Zugang zu einem Netz verweigert habe... („refus“). Für den Leser bedeutet dies: ein Neubau von Leitungen unterliegt demnach dem Nachweise eines Kapazitätssengpasses. Nur: auf welcher Begründung beruht dann z.B. die Genehmigung der SOTEL-Leitung?

Und hier stellt sich dann eine 2.Frage: Wenn ein „gestionnaire de réseau“ selbst sein Netz ausbauen will (d.h. kein „refus“ vorliegt): Welche Mitsprache hat dann die öffentliche Hand betreffend die Opportunität des Netzausbaus?!

weiter siehe folgende Seite unten

Es kann und darf nicht sein, dass es in Luxemburg keine korrekte Prozeduren für die Planung und den Bau von neuen Strom- und Gasleitungen gibt. Verbesserungen an der Gesetzgebung sind notwendig, und nicht Verschlechterungen, so wie derzeit von der Regierung und der Abgeordnetenkammer geplant...



Klima-Bündnis



Klima-Bündnis
Lëtzebuerg

Plenarsitzung des Klima-Bündnis Lëtzebuerg in Kehlen

Aloyse Paulus, Bürgermeister von Kehlen begrüßte die Vertreter der Kommunen, von ASTM Et Mouvement Ecologique am 14. Mai im Kehlener „Museksall“ zur Plenarsitzung des Klima-Bündnis Lëtzebuerg.

Bilanz 2011

Nach Feststellung des erforderlichen Quorums wurde zuerst die finanzielle Bilanz des Jahres 2011, die ganz ausgewogen ausfiel und vom Buchprüfer für gut befunden wurde, einstimmig von der Plenarsitzung angenommen.

Neues EU-Projekt

Danach berichtete Dietmar Mirkes von der Nord-Süd-Koordination vom Stand der Dinge der Ausschreibung für ein neues EU-Projekt: die Concept Note hierfür wurde bereits von der EU akzeptiert und die Nord-Süd-Koordination eingeladen, den vollen Antrag zu stellen.

Das Projekt sieht als zentrale Elemente drei Ausstellungen (zu den Themen Klimawandel, Res-

ourcenabbau und Landnutzungsänderung) mit vielen Begleitveranstaltungen vor sowie eine Studienreise nach Peru und Vortragsreisen von drei Vertretern der Süd-Partner in Europa.

Resolution zur ILO-Konvention 169

Anlässlich des 20. Jahrestages des Erdgipfels von Rio wurde eine Resolution zur ILO-Konvention 169 ausgearbeitet, womit die Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis Lëtzebuerg die Regierung und die Abgeordnetenversammlung auffordert, als Zeichen ihrer Verantwortung gegenüber den indigenen Völkern der Welt und für die Verteidigung der universellen Menschenrechte, das Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Indigene und

in Stämmen lebenden Völkern in unabhängigen Staaten im Jahr 2012 zu ratifizieren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und ist unter www.klimabuendnis.lu einsehbar (die Zusammenfassung finden Sie ebenfalls im Folgenden).

Direkt anschließend an die Plenarsitzung erfolgte ein **Informationsaustausch zum geplanten Klimapakt** zwischen Staat und Kommunen.

Nach einer Einführung in den aktuellen Stand der Dinge mittels einer Präsentation ergaben sich doch einige Fragen. So z.B. zur Einschränkung der maximalen Einwohnerzahl für die eine Kommune in den Genuss von Subsidien kommen kann, der Komplexität des Maßnahmenkatalogs, der Qualifikation der Klima-Berater oder auch der Zusammensetzung des Klimateams.

Die Tatsache, dass das Nachhaltigkeitsministerium in mehreren Punkten auf die Forderungen des Klima-Bündnis Lëtzebuerg (interne/regionale Klimaberater, Reduktionsziele, Offenlegung des Audit-Tools ...) eingegangen ist, wurde als sehr positiv bewertet.

Einige Mitgliedskommunen scheinen heute schon grundsätzlich an der Teilnahme am Klimapakt interessiert, andere scheinen eher eine abwartende Haltung einzunehmen und möchten vor allem Genaueres über den damit verbundenen Arbeitsaufwand erfahren. Hier scheint noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten zu sein.

KLIMA-BÜNDNIS

Klima-Bündnis Lëtzebuerg

4, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-26
Fax: 43 90 30-43

Mail: klimab@oeko.lu
www.klimabuendnis.lu

Klima-Bündnis Lëtzebuerg fordert Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 169

Die 34 Mitgliedsgemeinden des Klima-Bündnis Lëtzebuerg, in denen zwei Drittel der Einwohner des Großherzogtums leben, fordern die luxemburgische Regierung und die Abgeordnetenversammlung auf, als Zeichen der Verantwortung Luxemburgs gegenüber den indigenen Völkern der Welt und für die Verteidigung der universellen Menschenrechte die Übereinkunft Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Indigene und in Stämmen lebenden Völkern zu ratifizieren. Das Klima-Bündnis hat eine traditionelle Beziehung zu den Indigenen Amazoniens und hat in Kenntnis der Belange und Prioritäten seiner indigenen Partner auf seiner Vollversammlung am 14.5.12 in Kehlen eine entsprechende Resolution einstimmig verabschiedet.

Die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ist die bislang einzige, völkerrechtlich verbindliche Norm und damit das stärkste internationale Rechtsinstrument zum Schutz indigener und in Stämmen lebender Völker. Kernpunkte sind die Anerkennung der kollektiven Landrechte indigener Völker und die Anerkennung des Rechts auf selbstbestimmte Entwicklung. Durch eine Ratifizierung würde Luxemburg das Gewicht dieser Konvention und somit die Rechte indigener Minderheiten auf der ganzen Welt stärken und einen eigenständigen Beitrag zum 20. Jahrestages des Umweltgipfels von Rio leisten.

Nähere Auskünfte: Nord-Süd-Koordination des Klima-Bündnis Lëtzebuerg, klima@astm.lu



.....

Im Gesetzesprojekt, so zumindest nach dem Verständnis des Méco, wird diesbezüglich keine Prozedur festgeschrieben! Es wird nicht einmal festgelegt, dass eine Genehmigung des zuständigen Ministers erforderlich ist! Auch die Kriterien, die einen Neuausbau motivieren würden, werden nicht einmal in zufriedenstellender Deutlichkeit angeführt. Dabei werden den „gestionnaire de réseau“ sehr weitreichende Befugnisse betreffend die Nutzung von erforderlichem „Bauland“ eingeräumt....

Hier muss - auch angesichts des SOTEL-Debakels - weitaus mehr juristische Klarheit geschaffen werden! **Das Gesetz muss für jeden ersichtlich darlegen,**

- wie die **Opportunitätsanalyse eines Netzausbaus** sowie die **Entscheidung für diverse Optionen des Netzausbaus** verlaufen sollen und
- welche **Genehmigungsprozedur** zu durchlaufen ist, dies sowohl gegenüber der **Öffentlichkeit, den Gemeinden als auch auf Regierungsebene.**

Kommodo-Pflicht bei Änderungen am Stromleitungsnetz präziser regeln

Die Kommodo-Gesetzgebung bzw. das Gesetz betreffend die Umweltverträglichkeitsprüfung ihrerseits sieht nur für verschiedene Leitungen eine Genehmigungsprozedur vor (...)

D.h. es besteht nur eine begrenzte Kommodo-Pflicht im Falle eines Neubaus von Leitungen, eine nach Ansicht des Mouvement Ecologique ebenfalls problematische Situation.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique drängen sich deshalb folgende Abänderungen auf:

- Es muss **Transparenz** in der mittel- und langfristigen Netzplanung hergestellt werden.
- Die **Kriterien**, die für einen evtl. Neubau von Leitungen gegeben sein müssen, müssen deutlicher geregelt werden.
- Die genaue **Genehmigungsprozedur auf Regierungsebene** muss geregelt werden.
- Es gilt verbindlich für jeden Neubau eine **öffentliche Prozedur** sicherzustellen, eben-

so wie entsprechende Rekursmöglichkeiten.

- Vor allem auch betroffenen **Gemeinden**, die sich gemäß vorliegendem Gesetz sogar an den Kosten eines Neubaus beteiligen müssten, muss eine Mitsprache gewährleistet werden.
- Eine Integration der Bestimmungen der **Direktive „plans et programmes“** in das Gesetz zur Organisation des Strommarktes ist ein Must, u.a. muss deutlich geregelt sein, welche Auswirkungen die Richtlinie in der konkreten Umsetzung hat.
- Zudem muss obligatorisch beim Neubau auch **Kriterien des Gesundheits- und Landschaftsschutzes** Rechnung getragen werden.

Der Mouvement Ecologique tritt mit Nachdruck dafür ein, hier endlich für Rechtssicherheit zu sorgen. Dies ist auch im Interesse der Allgemeinheit und der Netzbetreiber: denn jeder Mangel an Transparenz, jeder Mangel an kohärenten und klaren Prozeduren riskiert, dass wieder Streitigkeiten entstehen, die Projekte um Jahre

verzögern und alle Akteure sowohl Zeit als auch Geld kosten. Hier kann sich der Staat viel Mühe und Ärger ersparen, wenn er das Gesetz nachbessert.

Kurzbericht

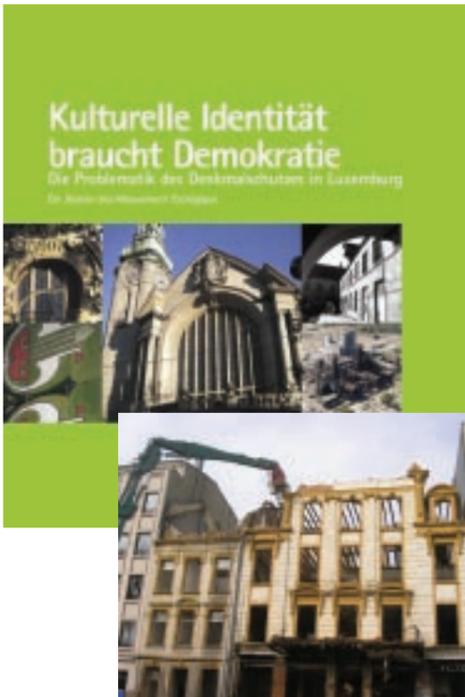
Problematische Politik in Sachen Denkmalschutz

Anfang Mai hatte eine Delegation des Mouvement Ecologique eine Unterredung mit dem Leiter des Denkmalschutzamtes („Service des Sites et Monuments“). Es ging dabei einerseits um die allgemeine Denkmalschutzpolitik und andererseits um die Unterschutzstellung von denkmalwürdigen Objekten bzw. „secteurs sauvegardés“ im Rahmen der Neufassung der kommunalen Flächennutzungspläne (PAG's).

Für den Leiter des Denkmalschutzamtes ist die Unterschutzstellung in erster Linie eine Aufgabe der Gemeinden. Das Denkmalschutzamt sei ihnen dabei behilflich mit Begehungen bzw. Hilfestellung bei dem Inventar denkmalgeschützter Objekte.

Der Mouvement Ecologique ist dagegen der Meinung, dass von nationaler Seite aus, auf der Grundlage nachvollziehbarer Kriterien und im Rahmen eines öffentlich und politisch diskutierten Gesamtkonzeptes, eine klare Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden erfolgen sollte. Auch sollte endlich die seit Jahren anstehende Gesetzesreform erfolgen.

Der Mouvement Ecologique stellte zum Abschluss einen völligen Dissens mit der Leitung des Denkmalschutzamtes fest.



«Originelle» Mobilitätsplanung – Einspuriger Ausbau der A3

Im Rahmen des Sparpaktes kündigte Minister C. Wiseler an, der Ausbau der Autobahn A3 würde nur in Richtung Frankreich – Luxemburg erfolgen. Ob dieser „originellen“ Mobilitätsplanung richtete der Mouvement Ecologique ein Schreiben an das Ministerium, mit der Bitte, die Gründe für diesen „einseitigen“ Ausbau und dessen konkreten Auswirkungen mitzuteilen.

Der Mouvement Ecologique bleibt der Überzeugung, dass man generell – und vor allem in Zeiten der Finanzkrise – Prioritäten setzen muss! Der Ausbau der A3 stellt eine weitere Investition – zudem eine sehr kostenaufwendige – in den Ausbau des Straßentransportes dar. Gelder, die für den öffentlichen Transport fehlen. Kommt hinzu, dass er an der grundlegenden Problematik nichts löst: Die Staus werden lediglich breiter, statt länger! Und Luxemburg-Stadt bleibt ein Nadelöhr...



Transparenz betreffend SEVESO-Betriebe schaffen

Die Gesetzgebung macht diverse Vorgaben der Gestion der SEVESO-Betriebe. Der Mouvement Ecologique fragte nunmehr beim Ministerium die entsprechenden Daten nach, und zwar folgende :

- « les plans d'urgence établis sur base de l'article 11 ainsi que le rapport de sécurité prévu au paragraphe 4 de l'article 13 pour les différentes entreprises Seveso (documents ,qui d'après la loi doivent être mis à la disposition du public);

- la volonté de votre ministère de rendre accessibles ces informations sur la plateforme internet (<http://www.itm.lu/seveso>), plateforme qui comprend à l'heure actuelle que des informations fort insuffisantes à ce sujet ; (une recherche sur le portail de l'environnement de votre ministère n'a donné d'ailleurs aucun résultat y relatif) ;
- des recommandations faites le cas échéant aux communes (concernées par des entreprises SEVESO) quant aux mesures à adopter dans le cadre des nouveaux PAG en relation avec l'implantation d'entreprises SEVESO sur leur territoire ? »

Man darf gespannt auf die ministerielle Antwort sein....

Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Energiestrategie für Luxemburg

In einer rezenten Unterredung hatte Wirtschafts- und Energieminister E. Schneider angekündigt, die Öffentlichkeit an der Erstellung der nationalen Energiestrategie (die in Ausarbeitung ist und seit Jahren vom Mouvement Ecologique eingefordert wird) zu beteiligen.

Der Mouvement Ecologique schlug dem Minister nun eine mehrstufige Vorgehensweise für diese Beteiligung der Öffentlichkeit vor. In dem detaillierten Vorschlag des Mouvement Ecologique wird hervorgehoben, dass unbedingt alle Fakten im Energiebereich offen gelegt werden müssen, daneben sollten Expertengespräche vorgesehen werden sowie klare Fragestellungen definiert werden, zu denen BürgerInnen Stellung nehmen können.

Von vorne herein müsse geklärt sein, welche Elemente des Strategie-Entwurfes für den Minister nicht mehr zur Diskussion stehen... und bei welchen, BürgerInnen und Akteure noch eine reelle Mitsprache eingeräumt wird.

Außerdem müsste, so der Mouvement Ecologique, der Prozess von einem externen Moderator begleitet und sichergestellt werden.

aktuelles

Wie geht es weiter mit der Förderung der erneuerbaren Energien und des energieeffizienten Bauen und Wohnen?

Ende dieses Jahres läuft das großherzogliche Reglement des Nachhaltigkeitsministeriums zur Förderung der erneuerbaren Energien sowie zur Förderung des energetischen Bauens aus.

Bereits mehrfach ist der Mouvement Ecologique beim Ministerium vorstellig geworden, damit der neue Reglementsentwurf schnellstmöglich vorgelegt wird. Dies, damit Privatpersonen die aktiv werden wollen, Handwerker und Architekten wissen, mit welchen weiteren Unterstützungen in Zukunft zu rechnen ist. Wer heute ein Haus plant oder größere Renovierungsarbeiten tätigt, wird diese erst 2013 abschließen und er muss wissen, welche finanzielle Hilfestellung seitens des Staates gewährleistet werden und welche nicht.

Anfang des Jahres richtete der Mouvement Ecologique ein entsprechendes Schreiben an das Ministerium, das bis dato ohne Antwort blieb. Anfang April nun wandte sich der Mouvement Ecologique an die Presse... Daraufhin teilte Minister Marco Schank mit, im Mai dieses Jahres würde der Entwurf vorliegen und er würde mit allen Betroffenen diskutiert...

Ein Blick auf den Kalender zeigt derzeit den Monat Juni an. Ob mit diesem Tempo die Energiewende in Luxemburg machbar sein wird, darf bezweifelt werden...



Opruff zur Matarbecht!

An de nächste Wochen a Méint, well de Mouvement Ecologique all Interesséiertem besser Méigleckeete bidden, fir nei aktiv am Mouvement Ecologique mat ze wierken.

Well de Mouvement brauch natierlech nei Leit, ass frou fir jiddereen wou sech abréngt, wou Loscht huet mat ze diskutieren an ze schaffen. A fir deejeinegen ass et och oft ganz flott: en Austausch mat gläichgesénnte Leit bréngt engem selwer eppes, et kritt een Hannergrond-Informationen, sech gemeinsam fir eppes asätzen, mëscht – niewent der Tatsaach, dass ee sech engagiere well – och einfach Spaass.

Des dräi (éischter fachlech) Aarbechtsgruppe riichten sech jeeeweils u Leit, wou sech am Thema e bëssen auskennen: sief et duerch hier beruff-

lech Aarbecht, hiren Interessiodersoss Aktivitéiten. Grad elo ass e gudden Ablack anzeklammen, well d'Gruppen sech nei zesummestellen

D'Theme sinn:

- **Energie:** erneierbar Energien, Energiesparen, Ausstieg aus der Atomkraft, Energie-Effizienz, Energiestrategie....
- **Ëmweltpolitik:** Loftqualität, Schutz vum Buedem, Sanéierung vun de Altlasten, Prioritéiten an der Offallgestioun ...
- **Waasserschutz:** Schutz vum Uewerflächenwasser- a vum Drénkwaasser, Ëmsetzung Wasserrahmenrichtlinn, Landwirtschaft an Drénkwaasserschutz, Sanéierungsprogramm vun de Kläranlagen...

Duefir: Sidd Diran engem Bureau d'études, als Gemengentechniker, Umweltberoder, Enseignant am technesche Beräich, berufflech aktiv oder soss am Energie-Waasser oder Ëmweltberäich fachlech an / oder politesch staark interesséiert, da kennt Dir vlaicht Är Expertise / Ären Interess an de jeeeweilge Grupp matbréngen fir och politesch Saachen un d'Rullen ze bréngen, Problemer ze léisen oder einfach Är Erfahrungen auszetauschen.

Wéi oft sech e Grupp gesäit hänkt vill vun de Leit of, wou matschaffen, an awer och vun der Aktualitéit. Als Orientéierung kann ee soen, dass sech Gruppen eng 4-5 mol d'Joer gesinn, d'Leit aus de Gruppen leeën zesumme fest, wat de beschten Zäitpunkt an Termin ass.



Mailt eis vgl. eran, sot eis wéi een Thema lech interesséiert, mir freeën eis op Ären Interess! meco@oeko.lu.

Biergerbedeelegung

Demokratie

Bürgerbeteiligung - ja, nein - wie? Eine Chance oder eine Last für die Politik?"

Am Mittwoch, den 2. Mai 2012 organisierten Mouvement Ecologique und OekoZenter eine Fachveranstaltung zum Thema Bürgerbeteiligung mit 3 ausländischen Fachreferenten, dies unter der Schirmherrschaft des Innenministeriums sowie des Ministeriums für Nachhaltige Entwicklung.

160 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, was das außergewöhnlich große Interesse für das Thema aufzeigt. Unter den TeilnehmerInnen befanden sich zahlreiche Gemeindepolitiker, MitgliederInnen von beratenden Kommissionen, engagierte Personen in Vereinigungen, Gemeindefachtechniker und Beamte, Mitglieder von Fachbüros...

Die Veranstaltung war dann auch sowohl von der Anzahl der Interessierten als auch von der Qualität der Vorträge her ein voller Erfolg.

Wie eine TeilnehmerIn zum Schluss sagte: "Et huet ee richtigeg Loscht kritt...".

Ziel der Fachveranstaltung war es dazu beizutragen, eine neue Dynamik in die Bürgerbeteiligung zu bringen, vielleicht auch eine gewisse Aufbruchstimmung zu verbreiten und aufzuzeigen, was Bürgerbeteiligung den verschiedenen Akteuren bringen kann, sowohl den politisch Verantwortlichen als auch den BürgerInnen selbst; wie sie dazu beitragen kann, Planungsprozesse demokratischer, und zudem effizienter zu gestalten und nicht zuletzt dazu führen kann, dass Projekte "besser" werden.

Die Referenten – Thomas Haigis, Birgit Oelkers und Prof. Selle – wussten die rund 160 TeilnehmerInnen für eine zielorientierte Bürgerbeteiligung zu begeistern. Die Frage stellt sich nun natürlich, welche Folge-Aktionen sich aus diesem Konferenzabend ergeben.

Auf der Internetseite des Mouvement Ecologique www.meco.lu finden Sie die zentralen Dokumente zur Fachveranstaltung:

* Filmaufnahme des Seminars

• Präsentation: Bürgerbeteiligung in Luxemburg: Aktuelle Rahmenbedingungen / Mögliche Anwendungsbereiche

- Kurze Darstellung der Situation
- Gesetz betreffend den freien Zugang zu Informationen im Umweltbereich
- Aarhus-Konvention
- Gemeindegesetz
- „procédure administrative non contentieuse“

• Ziele, Methoden, konkrete Umsetzung und Grenzen der Beteiligung von BürgerInnen und Interessegruppen

Prof. Dr. Klaus Selle, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung RWTH Aachen

• Darstellung von konkreten Beispielen und Formen der Bürgerbeteiligung

- Das Beispiel der Gemeinde Filderstadt, die sich regelrechte "Spielregeln" für die generelle Bürgerbeteiligung gegeben hat, nach dem Motto "Filderstadts Zukunft: Einmischen erwünscht"
Thomas Haigis, Leiter Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung
- Fallbeispiele aus Holland, nach dem Motto "Partner statt Regisseur" -Bündnisarbeit mit Bürgern in den Niederlanden
Birgit Oelkers, Prozessbegleiterin

• Fotoalbum



Die hohe Zahl an Einschreibungen zeugt vom Interesse an Weiter- und Fortbildungsveranstaltungen von hohem Niveau im Bereich einer nachhaltigen Politikorientierung. Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg werden versuchen, in den nächsten Monaten weitere Angebote in diesem Sinne zu tätigen.



oekozenner lëtzebuerg

Aufruf für Häuserprojekte für die diesjährigen Energiewochen vom 8. bis zum 20. Oktober 2012: „Mehr Wohnqualität mit weniger Energie - vu Privat zu Privat“

Mouvement Ecologique und OekoZentrum organisieren seit einigen Jahren erfolgreich die „Energiewochen“.

Ziel dieser Veranstaltung ist es, Privatpersonen nachhaltig sanierte oder gebaute Wohnhäuser von „Privat zu Privat“ besichtigen zu lassen. Hauptaugenmerk legen wir in diesem Jahr auf Häuser bei denen ökologische Materialien verwendet wurden. Besitzen Sie ein Passivhaus oder haben Ihren Altbau energetisch mit niedrigstem Heizenergiebedarf saniert?

Möchten Sie Ihre Erfahrungen mit anderen Menschen teilen und Ihnen Tipps und Information geben? Dann schlagen Sie Ihr Haus für die Energiewochen unter oekozenner@oeko.lu oder der Telefonnummer 43 90 30 41 vor. Eine Besichtigung erfolgt jeweils nach Anmeldung mit circa 12 Personen.



Gréng Hausnummer 2012 – Bewerbungsfrist bis zum 1. Juli 2012



Das Wohnungsbauministerium, OekoZentrum Lëtzebuerg und Mouvement Ecologique zeichnen alljährlich nachhaltig gebaute Wohnhäuser mit der „Gréng Hausnummer“ aus.

Jeder Hausbesitzer in Luxemburg kann sich um die „Gréng Hausnummer“ bewerben. Anhand eines Fragekatalogs unter www.grenghausnummer.lu kann jeder Hausbesitzer selbst kontrollieren, ob er sich für die Auszeichnung qualifiziert.

Um an der öffentlichen Verleihung im Jahr 2012 noch teilnehmen zu können, müssen die Bewerbungen bis spätestens zum 1. Juli 2012 eingereicht werden. Die öffentliche Vergabe der „Gréng Hausnummer“ findet in Beisein des Wohnungsbauministers Herr Marco Schank auf der

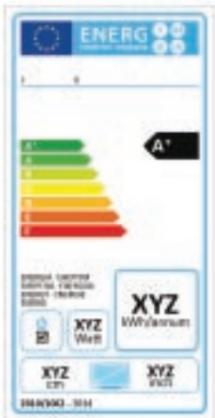
diesjährigen OekoFoire, vom 14. bis zum 16. September statt. Weitere Infos, Kriterien unter www.grenghausnummer.lu



www.oekotopten.lu

Mit einem sparsamen TV-Gerät, EM und Olympia genießen

OekoTopten.lu – Teil von Europas erfolgreichstem Netzwerk für energieeffiziente Produkte



Kurz vor der Fußball-EM und der Sommerolympiade denkt OekoTopten.lu an alle Sportbegeisterten und aktualisiert seine Fernsehlisten. Damit die lange Zeit vor der Mattscheibe kein teurer Zeitvertrieb werden soll, zeigt das Internetportal www.oekotopten.lu in vier detaillierten Produktlisten, welches Gerät am stromsparendsten ist. Ein ausführlicher Ratgeber sorgt darüber hinaus für Klarheit im Fernsehdschungel.

Wer nicht gerade unter www.oekotopten.lu nach den effizientesten Modellen Ausschau halten will, kann auch in einem der vielen OekoTopTen-Partnergeschäfte fündig werden. Achten Sie dabei stets auf das runde grüne OekoTopten-Label auf den Geräten.

OekoTopten.lu hat seine Kriterien beim Energieverbrauch der TV-Geräte verschärft: Modelle mit einer Bildschirmdiagonale über 33" tragen mindestens die Energieeffizienzklasse A+. Bei einem Gerät mit einer Bildschirmdiagonale von 40" entspricht dies einer Leistungsaufnahme von 48 Watt, respektive Stromkosten von 110 Euro in 10 Jahren.

Thierry LAGODA
Projektleiter www.oekotopten.lu



Aeren Don fir Mensch, Natur an Emwelt

Von den Ideen zur konkreten Umsetzung Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, zukunftsweisende Mobilität, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik, ökologische Landwirtschaft, alternative Energien fördern, Beteiligung der BürgerInnen: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie Projekte in all diesen Bereichen.

Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren
Tel. 43 90 30 – 50 oder
oekofonds@oeko.lu, www.oeko.lu

Öko-Fonds. Am Déngscht
vu Mënsch an Ëmwelt.
www.oeko.lu



Spenden an die Stiftung Öko-Fonds sind steuerlich absetzbar.
Unsere Konten:
CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000
BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000



Mouvement Ecologique a.s.b.l.

4, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43

Mail: meco@oeko.lu
www.oeko.lu